

# „Viel kann noch schief laufen“

Strengere Bankenregeln stecken noch in der Pipeline, die Banken spielen auf Zeit

HELMUT KRETZL

WIEN (SN). Der Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 hat gezeigt, dass die Regeln für Banken und den gesamten Finanzmarkt verschärft werden müssen. Seither sei einiges geschehen, meint Jan Pieter Krahen, der im Rahmen der sogenannten Liikanen-Gruppe Reformmöglichkeiten im europäischen Bankensektor erarbeitet hat. Allerdings ist der größte Teil – rund 70 Prozent – erst gedanklich ausgearbeitet und muss noch in den nationalen Parlamen-

ten umgesetzt werden. Bis Jänner soll die EU-Kommission eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission abgeben. In voraussichtlich einem Jahr könnte dann ein Gesetzesvorschlag vorliegen.

Die Regulierungsansätze seien zwar auf Schiene, meint Finanzwissenschaftler Josef Zechner, er sieht aber noch etliche Stolpersteine in der Umsetzung. „Da gibt es noch vieles, was schief laufen kann.“ Zudem versuche die Finanzlobby, etliche Bestimmungen zu verwässern, meint Zechner,

der auch wissenschaftlicher Leiter von Spängler IQAM Invest ist. Ein besonders strittiger Punkt ist die europaweite Einlagensicherung, gegen die sich Deutschland querlegt.

Eine Hauptgefahr sieht Krahen in den Versuchen der Banken, schärfere Bestimmungen möglichst lang hinauszuschieben. Er sieht die Tendenz, „dass man sagt, das ist alles viel zu viel und viel zu schnell, packt das einmal auf einen langen Zeitstrahl“ – sprich, die Einführung der Reformen könnte verschleppt werden.

Eckpunkte der Reformen sind die Auslagerung des risikoreichen Handelsgeschäfts bei Großbanken sowie die verpflichtende Gläubigerhaftung im Problemfall („Bail-In“). Die Haftung soll die Risikolust der Banken bremsen. Derzeit können sich die Besitzer systemrelevanter Banken ja darauf verlassen, dass der Staat im Krisenfall eingreifen würde.

Für problematisch hält Krahen die gleichzeitige Regulierung des Versicherungsbereichs. „Basel III und Solvency II sind nicht kompatibel“, warnt er. Denn als Träger des Bankenrisikos würden sich in erster Linie institutionelle Anleger wie Pensionskassen oder Lebensversicherungen anbieten. Verbiete man ihnen, Risiko zu übernehmen, kämen sie für diese Rolle nicht infrage.



Die Regulierungsexperten Jan Pieter Krahen (l.) und Josef Zechner. Bild: SN